

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von

Oberbürgermeister Marcus Zeitler

in der Gemeinderatssitzung zu TOP Nr. 4 „Schaffung neuer Stellen“

am 11. September 2019, 18.00 Uhr, Rathaus Hockenheim

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

normalerweise ist es üblich, dass solche Entscheidungen über Personalmehrungen im zuständigen Ausschuss vorberaten werden. Auch ist es relativ unüblich, dass zusätzliche Stellen während eines laufenden Haushaltes beantragt werden bzw. beschlossen werden sollen. Ich möchte auch betonen, dass es sich hier und heute um eine Ausnahme handelt, aber die derzeitige Situation, welche ich Ihnen gleich mitteilen werde, verlangt ein schnelles Handeln und duldet in Augen der Verwaltung keinen Aufschub mehr. Alle Stellen sind für das operative Geschäft, sei es für die Aufarbeitung von Rückständen oder für den Ausbau bisheriger Marketingstrategien, welche enger verzahnt werden sollen, um somit die Effektivität zu steigern.

Ich möchte betonen, dass es sich heute um Stellenmehrungen handeln, und nicht um einen Abbau von Stellen. Kein Mitarbeiter der Verwaltung

muss Angst um seinen Arbeitsplatz haben, Kündigungen standen nie und stehen nicht zur Debatte, auch wenn dies von der einen bzw. anderen Seite behauptet wird. Dies wäre auch angesichts der aktuellen Lage, und zu der komme ich jetzt, der absolut falsche Weg.

Insgesamt sind ca. 230 ausstehende Baugenehmigungen, laufende Verfahren und Altfälle sowie Rechtsverfahren noch nicht bearbeitet, in Arbeit bzw. noch nicht abgeschlossen.

Dass von diesen Fällen ca. 50% aus unseren HORAN Gemeinden kommen, erklärt die Unmutsbekundungen meiner Amtskollegen in Sitzungen und Pressemitteilungen. Sie erklären aber auch den Unmut vielen Bürgerinnen und Bürger aus Hockenheim, welche sich in vielen E-Mails und Schreiben bereits noch vor meinem Amtsantritt an mich gewendet haben. Die langen Bearbeitungszeiten sind einzig und allein der Unterbesetzung der Ämter geschuldet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben 100%, was aber angesichts der Verfahren leider nicht ausreicht.

Zu all dem kommen hinzu die Verfahren in Bezug auf Schornsteinfegermängel und Nachweise der erneuerbaren Energien, die auf Grund Ihrer Vielzahl aktuell noch nicht beziffert werden können.

Um hier wieder auf den aktuellen Stand zu kommen, denn auf der einen Seite hat dieser Bereich eine enorme Außenwirkung und belastet den Bürger, und auf der anderen Seite ist es ein Bereich, welcher Einnahmen mit sich bringt. Und somit muss hier dringend eine personelle Verstärkung geschaffen werden, so wie dies die Abteilung schon lange beantragt und fordert.

Ein personeller Engpass ist leider auch seit Monaten im Standesamt zu verzeichnen. Aufgrund langzeitiger Erkrankungen (teilweise schon in 2018) ist von 3 Kräften, welche auf dem Papier stehen, aktuell nur eine voll einsatzfähig. Somit können wir unserer Aufgabe, standesamtliche Trauungen und standesamtliche Beglaubigungen nur in geringem Maße nachkommen, weshalb hier ebenfalls dringender Handlungsbedarf vorhanden ist. Aufgrund von Weiterbildungen unserer noch verbliebenen Verwaltungskraft kam es in den letzten Monaten vor, dass das Standesamt wochenlang nicht besetzt war.

Im Fachbereich Bürgerservice/Ordnungswesen ist ebenfalls in den letzten Monaten und Jahren der Arbeitsaufwand, aufgrund von Genehmigungen und Antragsverfahren, enorm angestiegen. Die Personaldecke wurde aber bei allen zusätzlichen Anforderungen nie erhöht. Auch hier ist es nicht fünf vor zwölf, sondern kurz vor.

In November dieses Jahres steht die Prüfung der Bauausgaben durch die GPA an. Somit ist es unabdingbar, dass ein Baufachmann im RPA eingesetzt wird. Zurzeit ist das RPA nur mit einer Stelle besetzt, die aber leider nicht die notwendige Ausbildung und Prüfungsberechtigung innehat, um hier die Aufgaben gesetzmäßig zu erledigen. Dies wurde bereits durch die damalige Leiterin des RPA, welche sich zurzeit in Elternzeit befindet, diesem Gremium und der Verwaltung mitgeteilt. Leider gab es bis jetzt hier keine Veränderungen, welche aber nun eingeleitet werden müssen. Im Bereich der Stadtwerke konnten so Rechenschaftsberichte der Vergangenheit nicht geprüft werden, was zur Folge haben kann, dass wir hier in den Bereich „Rechtliche

Schwierigkeiten“ rutschen. Diese Verantwortung werde ich nicht übernehmen!

Mit nur einem Prüfer (der aktuell überhaupt nicht vorhanden ist) ist das RPA von Beginn an personell unterbesetzt. Als Folge dieser personellen Unterbesetzung können gesetzliche Pflichtaufgaben und die weiteren vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben weder mit der erforderlichen Intensivität noch fristgerecht vorgenommen werden. Zudem sind in den vergangenen Jahren u.a. im Bereich Kassenprüfungen Rückstände entstanden. Durch den Umstellungsprozess auf die Doppik, das neue Haushalts- und Kassenrecht, besteht ein deutlich höherer Zeitbedarf für Prüfungen und Beratungen. Mit dem aktuellen Stand können viele Bilanzpositionen nicht geprüft werden.

Bereits im RPA Bericht 2016 heißt es: Ich zitiere: Der Fachbereich Rechnungsprüfung verfügt über keinen bautechnischen Prüfer.

Die GPA, unsere übergeordnete Prüfungsinstitution, schrieb im Prüfungsbericht vom 17.07.2018: Die überörtliche Prüfung ist durch die örtliche Prüfung nicht wesentlich entlastet worden. Künftig sollte die örtliche Prüfung deutlich intensiviert werden. Hierzu wäre es erforderlich, die quantitative Personalausstattung des RPA´s anforderungsgerecht zu verbessern, um damit eine wirksame örtliche Prüfung nachhaltig sicherzustellen. Hierzu wurde in 2018 eine zusätzliche A 11 Stelle angefordert, welche bis jetzt noch nicht mit A 11 besetzt wurde.

Bei der Durchsicht des Haushaltes und der Jahresrechnungen 2017 und 2018 ist aufgefallen, dass die städtischen Wohnungen und Liegenschaften hohe Defizite ausweisen. Alleine im Jahr 2017 wurde ein Minus von über 300 TSD Euro eingefahren, die Negativzahlen für 2018 kratzen an der 400 TSD Euro Marke. Warum im Bereich Vermietungen

Defizite vorhanden sind, muss geklärt werden, und zwar schnellstens. Auch hier gilt es kurzfristig personell zu verstärken, um weitere eventuelle Einnahmeausfälle zu verhindern.

Das Aquadrom, eines unserer Aushängeschilder, verursacht momentan im Bereich der Stadtwerke ein Defizit in Millionenhöhe. Alleine der Gastro-Bereich weist ein Minus von mehrerer Hunderttausend Euro aus. Hier muss unbedingt das Konzept, die Betreibersituation und das Angebot auf den Prüfstand bzw. geändert werden, und die Abläufe müssen optimiert werden. Erhöhte Öffentlichkeitsarbeit, intensivere Wirtschaftsförderung und betriebswirtschaftliche Sichtweisen müssen hier in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen.

Im Bereich Kindergärten fehlen uns hier in Hockenheim im Bereich U3- und Ü3-Betreuung weit über 100 Plätze. Eltern haben einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz und es muss dringend ein Konzept erarbeitet werden, wie wir diese Deckungslücke reduzieren. Auch hier ist im Bereich Erzieherinnen und Personal in Zukunft eine Aufstockung unumgänglich.

Das neue Haushalts- und Kassenrecht, die Doppik, wird ab 01.01.2020 hier in Hockenheim einziehen. Nicht weil wir das wollen, sondern weil wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Auch hier muss die Kämmerei personell verstärkt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult und weitergebildet werden. Das Thema Umsatzsteuer, welches parallel auf uns zukommt, will und muss auch angegangen werden. Ohne mehr Man-

und Woman Power bekommen wir das nicht in dem vorgeschriebenen Zeitrahmen hin.

Somit und aus all diesen Gründen, die mir jetzt innerhalb von 10 Tagen aufgefallen sind, wäre eine Vertagung oder Verschiebung der jetzt aufgeführten Stellen ein schlechtes Signal an die vielen guten, motivierten und fachkundigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Verwaltung, welche in den letzten Monaten absolut professionell mit den Mehrbelastungen umgegangen sind und nach bestem Wissen und Gewissen Ihre Aufgaben erledigt haben.

Ihnen ist es zu verdanken, dass wir uns aktuell noch über Wasser halten können. Dass die oberste Stufe der Belastbarkeit aber bald erreicht ist, zeigt sich in den Stellenanforderungen der Sachbearbeiter und Amtsleiter für das Haushaltsjahr 2020. Insgesamt werden von den Ämtern 17 neue Stellen gefordert und beantragt. Begründung immer: Optimierung des Tagesgeschäftes und Aufarbeitung von Rückständen. Erlauben Sie mir zu erwähnen, dass im Jahr 2018 insgesamt 6.870 Krankheitstage angefallen sind. In diesem Jahr, Stand 31.08.2019 sind es bereits 4.785 Krankheitstage. Wer anhand dieser Zahlen nicht die Alarmglocken hört, der will sie nicht hören und oder hat zu lange weggeschaut.

Wenn ich jetzt die heutige Vorlage betrachte, sind von den heute vorgeschlagenen 6 Stellen alleine 3,75 Stellen dabei, welche sowieso von der Verwaltung im Jahr 2020 beantragt werden, heißt im Klartext, wir sind absolut auf dem richtigen Weg und Kurs.

Wie bereits erwähnt, wird in 2020 die Doppik ins Hause Hockenheim einziehen. Somit wird der Haushalt der Stadt Hockenheim vermutlich erst im April-Mai 2020 beschlossen werden können und auch erst dann Rechtskraft erlangen. Sollten die heute beantragten Stellen und die geforderten 17 Stellen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erneut verschoben und vertagt werden, könnte dies zur Folge haben, dass wir erst mit Rechtskraft des Haushaltsplanes diese Stellen überhaupt ausschreiben dürfen und können, sprich Mai-Juni nächstens Jahres. Die oben aufgeführten Rückstände und die unzumutbare Überbelastung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lässt dies aber in unseren Augen nicht zu.

Ich wurde gebeten, die heute aufgeführten Stellen auch in Zahlen zu nennen, was ich natürlich gerne tun werde. Im aktuellen Haushaltsplan liegen wir momentan mit den Personalkosten, laut Aussage unserer Personalabteilung, ca. 110 TSD Euro unter dem Ansatz, was leider unter anderem auch auf einen hohen Krankheitsstand zurückzuführen ist.

Die heute auf der Vorlage beschriebenen Stellen würden mit Arbeitgeberanteil jährlich mit ca. 440.000 Euro zu Buche schlagen. Wenn wir also die Stellen sofort ab morgen besetzen würden, was natürlich nicht geht, da diese ja ausgeschrieben und bewertet werden müssen, würden $\frac{1}{4}$ der Kosten für das Haushaltsjahr 2019 anfallen. 25% von 440 TSD Euro sind 110 TSD Euro, sprich genau die Mittel, welche aktuell noch im Haushalt vorhanden sind. Somit kommt es weder zu überplan- noch zu außerplanmäßigen Ausgaben, der Ansatz kann voll und ganz eingehalten werden.

Ebenso wurde ich gebeten, folgende Punkte noch zu erläutern, was ich ebenfalls gerne tue. Die Stellenbeschreibung für die neu zu schaffenden

Stellen wird sich an vergleichbaren Stellen orientieren, wie sie in anderen großen Kreisstädten praktiziert werden. Hierzu wird es selbstverständlich im Vorfeld eine Stellenbeschreibung und Stellenbewertung geben, aus der klar erkennbar herausgeht, welche Aufgaben wem zugeordnet sind. Das KSM-Model, ausgesprochen Kommunales Steuerungsmodell, wird zur Beurteilung der Referentenstellen hinzugezogen um den maximalen Nutzen für die Stadt und die Verwaltung zu erzielen. Die Lokale Agenda wird von einer 0,5 Stelle auf eine 1,0 Stelle aufgestockt, wobei die derzeitige Sachbearbeiterin nur 0,75% der Stelle wahrnehmen wird. Die verbleibenden 0,25 % sollen projektbezogen verwendet werden. Aktuell begleitet die Lokale Agenda 10 Agenda-Gruppen mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Auch ist eine Art Begegnungstreff geplant bzw. eine Art Anlaufstelle bei Projekten für die ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürger. Hier kann dann ganz spontan diese 0,25% Stelle befristet immer wieder eingesetzt werden, um die Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Agenda-Leitung zu stärken.

Die unter Punkt 5 aufgeführte Stelle Social Media ist keine neue Stelle, sondern soll einfach von einer befristeten in eine unbefristete Stelle umgewandelt werden. Diese Stelle ist sogar so für den Haushalt 2020 beantragt, wenn dieser aber erst im Mai – Juni 2020 seine Rechtskraft erlangt, würde die Stelle zum 31.12.2019 auslaufen und die Mitarbeiterin müsste sich arbeitssuchend melden oder den Arbeitgeber wechseln, was wir aufgrund der sehr guten Leistung natürlich nicht wollen.

Alle Stellen bis auf 2 werden und sollen im Angestelltenbereich erfolgen. Im Bereich Baurecht werden wir anhand der Bewerberlage und der Gespräche mit dem noch vorhandenen Personal Stellenbeschreibungen erstellen und nach diesen Kriterien ausschreiben. Auch hier ist klar, dass wir erst intern suchen und die Möglichkeit einräumen, sich auf diese Stellen zu bewerben. Dies bringt aber natürlich mit sich, dass dann an

anderer Stelle ein Loch gerissen wird, welches es dann zu stopfen gilt. Fakt aber ist, dass es sich bei den Stellen im Referentenbereich und im Bereich Baurechtsamt, Standesamt um neue zusätzliche Stellen handelt. Alle Stellen werden intern und extern ausgeschrieben, um das bestmögliche Bewerberfeld zu bekommen. Sollte heute der Beschluss fallen, werden wir sofort mit der Erstellung der Stellenbeschreibungen beginnen und dann auch sofort ausschreiben. Ich denke, die Dringlichkeit habe ich ausreichend aufgeführt.

Mein Kredo war und ist es, alle Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu machen und auch zu begründen, was ich mit den Ausführungen soeben auch getan habe. Dass nicht jeder mit der Begründung einverstanden ist bzw. diese akzeptiert ist menschlich. Abschließend gilt zu sagen: Ich suche keinen Schuldigen sondern ich suche Lösungen. Dies schließt ein Handeln voraus, was ich hiermit tue und wofür ich heute um Ihre Zustimmung bitte.

Vielen Dank!